Freitag, 8. Juli 1921. Einzelnummer 3 Mark. 60. Jahrgang. Nr. 110.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis vom 1. Juli 1921 an monatlich M.
in der Geschäftsstelle 50.—
in den Ausgabestellen 52.50
durch Zeitungsboten 55.—
durch die Post . . . 55.—

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3 49.

Posener Tageblatt

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 8.— M. über 10 Zeilen 10.— M. im Reklameteil 30.— M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Der Valutasturz.

Polens beste Köpfe zermartern sich an der Geburt des Gedankens, wie die Valuta zu heben sei. Wenn 1 Dollar 2600 polnische Mark kostet, so will das bei dem überaus günstigen Stande der amerikanischen Währung nicht allzuviel sagen, da die Geschäftsbeziehungen Polens nach Amerika nicht besonders stark entwickelt sind; wenn dagegen eine deutsche Mark mit 36—40 M. bezahlt wird, so ist das ein Zustand, der für Polen auf die Dauer unerträglich werden muß. Gewiß, Militär- und Handelskonventionen mit Frankreich sind gut; hat diese überaus enge Vereinigung mit Frankreich dem polnischen Staate bisher auch nur einen wirtschaftlichen Nutzen gebracht? Bei dieser Betrachtung muß die militärische Hilfe Frankreichs, die in der Lieferung von Inspektions- und Ausbildungsoffizieren und erheblichem Kriegsmaterial bestand, ausgeschaltet werden. Diese Hilfe war für den Krieg bestimmt, und Krieg kostet, wie auch immer er ausgehe, Geld, Geld und nochmals Geld. Das Budget des Finanzministers, von dessen Defizitziffer übrigens behauptet wird, sie sei bereits um ein Drittel überholt, d. h. größer geworden, ist ein zum Nachdenken zwingender Beleg dafür, welche ungeheuren Summen Frankreichs Hilfe der polnischen Regierung bisher gekostet hat.

Daraus ist zu folgern, daß, um eine Entlastung des Budgets herbeizuführen, zunächst einmal die immensen Heeresausgaben dringend einer Einschränkung bedürfen, was im Sejm schon wiederholt besprochen wurde; dieser Entschluß bringt in seinen Konsequenzen notwendig ein kleines Abrücken von Frankreich und eine bewußte Annäherung an Deutschland mit sich. Sollte es den vielen polnischen Industriellen und Gewerbetreibenden, die ihre guten Beziehungen zu Deutschland hatten, nicht möglich sein, diese Beziehungen wieder aufzunehmen? Es muß zugegeben werden, daß zur Aufnahme einer Beziehung nicht nur ein einseitiger Wille gehört, sondern auch die Bereitwilligkeit des Gegners. Die Bereitwilligkeit des deutschen Gegners zu einer Einigung mit Polen war bisher vorhanden, sie schwindet aber mehr und mehr. Die Regierung muß sich darüber klar sein, daß sie mit der bisherigen Politik niemals zu einer Verständigung mit Deutschland kommen kann und niemals eine finanzielle Gesundung des Landes erreichen wird. Die erste Bedingung für eine gute wirtschaftliche Lage eines jeden Staates ist und bleibt die Verständigung mit seinen Nachbarn. Und der Nachbar Polens, der hier an erster Stelle in Betracht kommt, ist Deutschland.

Es werden alle Vorbereitungen getroffen, als Ersatz für die fast restlos entwertete polnische Mark eine neue „Münze“ auf den Markt zu bringen. Glaubt man durch Bezeichnung des alten Uebels mit einem neuen Namen dieses Uebel aus der Welt zu schaffen? Das System der polnischen Mark ist ins Abrutschen gekommen: soll denn jeweils beim Verschwinden eines verbrauchten Geldsystems am Horizont des polnischen Finanzwesens eine neue Signierung für polnisches Geld auftauchen?

Das Blühen eines Landes ist nicht nur eine außenpolitische, es ist noch mehr eine Angelegenheit der inneren Politik. Für die innere Politik kann die Parole Polens nur lauten: **Arbeit.** Hierbei ist es selbstverständlich durchaus unerheblich, wer arbeitet; das Wesentliche ist, daß überhaupt gearbeitet wird. Werden erstklassige Ingenieure gebraucht, so muß man solche engagieren, wo man sie findet, ganz gleichgültig, welcher Nationalität sie angehören. Auch auf dieses Gebiet den nationalistischen Standpunkt zu übertragen, muß als völlig verfehlt angesehen werden. Es ist nicht die Sprache, die Staatsangehörigkeit oder das nationale Empfinden, das den Mann würdig einer Beschäftigung macht, sondern es ist seine Arbeitsenergie, sein Geist und sein Willen, angeborene und erworbene Fähigkeiten im Interesse des Unternehmens, dem er dient, freigebig zu verwerten. Es wäre höchst kurzsichtig von der Regierung, wenn sie zulassen sollte, daß polnische Arbeiterorganisationen die deutschen Arbeiter, soweit sie optiert haben, aus sämtlichen Betrieben herausdrücken. Ganz abgesehen davon, daß der Minoritätenvertrag und die Verfassung des polnischen Staates ein solches Vorgehen unmöglich machen sollten, ist es nach den Erfahrungen, die alle Völker mit deutschen Arbeitern gemacht haben, widersinnig, diese hervorragend ausgebildeten, intelligenten und selbstbeherrschten Arbeitskräfte zu eliminieren. Der gute Wille des polnischen Arbeiters wird anerkannt. Der gute Wille ist aber auch bei dem deutschen Arbeiter da, auch wenn er optiert hat. Dagegen ist der wirklich gut gelernte polnische Arbeiter längst in gehobene oder Staatsstellungen übergegangen, während der ebenso qualifizierte deutsche Arbeiter dergleichen naturgemäß nicht erfahren konnte. Nun verlangen die polnischen Arbeiterorganisationen, daß alle deutschen Arbeiter, die optiert haben, ihre Arbeit niederlegen sollen. Die Folge ist eine Abwanderung dieser Arbeiter; die hierdurch entstehenden Lücken müssen ausgefüllt werden. Jeder Kenner polnischer Wirtschaftsverhältnisse wird wissen, daß es unmöglich ist, diese Abgänge gleichwertig zu ersetzen. Eine Verminderung in Qualität und Menge der geleisteten Arbeit ist das natürliche Ergebnis für den Staat. Daß die Optionen dieser Leute unter den unerhörtesten Vorgängen zustande gekommen sind, werde nur nebenbei erwähnt. Es schlägt doch jeder Auffassung von Recht und Billigkeit ins Gesicht, wenn beim Starosten in Kolmar Arbeitern, die auf die Frage, ob sie optieren wollten, erklärten, sie wüßten das noch nicht, von den diensttuenden Beamten bedeutet wurde, sie sollten sich innerhalb 10 Minuten erklären, ob sie optieren wollten oder nicht. Eine Menge derartiger Optionsbehandlungen sind bekannt geworden. Es entsteht die Frage: Sind solche unter Zwang ausgeführten Willenserklärungen rechtsverbindlich oder nicht?

Der Hinweis, daß die Unruhen innerhalb der Arbeiter durch die Ereignisse in Deutschland, die sich gegen den deutschen Arbeiter polnischer Nationalität richteten, veranlaßt seien, ist unzulänglich. Es wurde immer von deutscher Seite betont, daß in Arbeiterkreisen nationale Unterschiede und nationalistische Propaganda nicht gemacht würden. Die Wahrnehmungen der gemischten deutsch-polnischen Kommission, die zur Feststellung der polnischerseits inkriminierten Zustände ins westdeutsche Industriegebiet gefahren war, haben die Äußerungen der zuständigen deutschen Stellen bestätigt.

Die Regierung fragt sich und mit ihr die ganze polnische Industrie: Warum steht unsere Valuta so schlecht? Warum steht sie so schlecht, obgleich auch das deutsche Geld auf dem Weltmarkt erheblich gefallen ist?

Für den, der kühl und ohne durch nationalistische Phantasmen benommen zu sein, die Lage ansieht, ist die Antwort ohne weiteres klar:

Es ist kein Zustand, daß der deutsche Gläubiger Jahre um Jahre auf die Regelung seiner hypothekarisch durch Kauf- oder sonstige Verträge festgelegten Ansprüche warten muß. Aus solchem Zustande erwächst kein Vertrauen.

Es ist schädlich, arbeitswillige Deutsche, nur weil sie Deutsche sind, auf dem Wege von vielleicht im Kriege berechtigten Repressivmaßregeln aus dem Lande zu verjagen.

Es ist höchst verhängnisvoll, den Arbeitsplatz zur Tummelstätte nationalistischer Betätigungen werden zu lassen.

Nicht nur der Engländer, auch der Deutsche ist für fair play immer zu haben gewesen. Er ist seiner ganzen Mentalität nach darauf eingestellt. Es wäre sicherlich unklug, die zwar vielleicht jetzt noch unsympathische, für den Staat aber unbedingt notwendige Verbindung mit Deutschland nur aus Sympathie für Frankreich zu hintertreiben. He.

Aus Oberschlesien.

Teilungsaussichten.

Danzig, 7. Juli. (PAT.) Der Londoner Korrespondent der „Danziger Zeitung“ erfährt aus maßgebender Quelle, daß die Konferenz des Obersten Rates in Boulogne nicht in nächster Zeit stattfinden wird. Für das deutsche Volk wäre es günstig, daß es sich keine große Hoffnung auf die Nichtteilung des oberschlesischen Industriegebietes macht. Es ist eher wahrscheinlich, daß die politischen Kreise Londons die Ansicht vertreten werden, daß der englische Standpunkt sich nicht gegen den französischen Standpunkt richten kann, daß eher der Versuch einer Verständigung auf Grund des Vorschlages des Grafen Sforza gemacht werden sollte.

Planmäßige Räumung.

London, 7. Juli. (PAT.) Nach den letzten Nachrichten geht der Rückzug der polnischen Aufständischen und der deutschen Selbstschutzabteilungen in Oberschlesien planmäßig von statten und wird am 6. Juli beendet sein. Die Kontrolle über alle Gebiete wird die interalliierte Kommission übernehmen.

Endgültige Räumung.

Beuthen, 7. Juli. (PAT.) Am 5. Juli fand die endgültige Räumung des Abstimmungsgebietes durch die polnischen Aufständischen und die deutschen Selbstschutzabteilungen statt. Die Koalitionskommission wird sofort den Bericht über die Räumung herausgeben.

Ein bedauerlicher Zwischenfall in Beuthen.

Beim Einzug der Ententetruppen in Beuthen hat sich ein bedauerlicher Zwischenfall ereignet. Als die englischen Truppen in die Stadt marschierten, brachen die Bewohner in Jubelrufe aus und stimmten vaterländische Lieder an. Daraufhin rückte die französische Wache aus der neuen Kaserne heran und hieb mit Kolben und Gummiknütteln auf die Menschenmenge ein. In der allgemeinen Verwirrung fielen plötzlich Schüsse, durch die ein französischer Major erschossen und mehrere Franzosen verletzt wurden. Durch das rücksichtslose Vorgehen der französischen Soldaten kamen mehrere Frauen und Kinder ums Leben. Die Franzosen nahmen nach dem Vorfall 20 Bürger von Beuthen als Geiseln in Haft.

Der Zwischenfall ist sehr zu bedauern. Doch hätten auch die Franzosen für den Jubel der Beuthener Bevölkerung über den Einzug der Engländer, in denen sie ihre Retter sieht, Verständnis haben sollen. Leider hat sich die französische Wache, mißgestimmt wegen der Ovationen, dazu hinreißen lassen, gegen die Menge einzuschreiten und dabei auch gegen Kinder und Frauen von Kolben und Gummiknütteln Gebrauch zu machen. Die englischen Truppen haben die Ruhe wieder hergestellt. Es ist übrigens, wie die „Danz. Neuest. Nachrichten“ melden, noch nicht festgestellt, von welcher Seite die ersten Schüsse fielen.

Grenzbesetzung durch interalliierte Truppen.

Genf, 7. Juli. „Havas“ meldet aus Oppeln: Die Interalliierte Kommission hat nach der Räumung der letzten Zone die Grenzbesetzung durch interalliierte Truppen angeordnet. Die erhöhte Truppenbesatzung bleibt im Abstimmungsgebiet bis zur endgültigen Entscheidung der Entente über das Schicksal Oberschlesiens.

Die Vereinigung der Freunde Polens und Oberschlesien.

Warschau, 7. Juli. (PAT.) Wie das „Journal de Pologne“ ausführt, erzielt die in Paris durch die Vereinigung der Freunde Polens (Amis de la Pologne) zur Verteidigung der Rechte Polens an dem oberschlesischen Industriegebiet herausgegebene Petition immer mehr Unterschriften. In den letzten Tagen haben solch wichtige Vereine wie die Union française, die Liga der Patrioten und viele andere Vereine unterzeichnet. Unter den 101 Mitgliedern des Instituts de France, die die Petition unterschrieben haben, befinden sich hervorragende Namen wie Bourget, Bazin, Cachin, Lavedan, Picard, Richette usw. Alle großen Unterrichtsanstalten, mit der Sorbonne an der Spitze, antworteten auf den Aufruf.

Diese Einmütigkeit der Republikaner, Radikalisten, der Rechten, der Katholiken, der Beamten, Arbeiter und Artisten, sagt Banchère, ist etwas Rührendes. Auch englische und italienische Unterschriften sind eingetroffen.

Kleine Nachrichten.

Aus **Oppeln** wird gemeldet: Die Insurgenten verüben auf ihrem Rückzug noch Plünderungen. Es scheint, daß sie sich in den Kreisen **Pleß** und **Rybnik** festsetzen wollten. Man fürchtet, daß Mitte Juli der 4. Aufstand losbrechen wird.

Aus **Ratibor** wird gemeldet: Der D-Zug **Ratibor—Breslau**, der gestern nachmittag hier abgegangen war, mußte auf Station Neusa wieder umkehren, da er bei Summin von Insurgenten **beschossen** worden war. Wie die „Rundschau“ mitteilt, ist der Zugverkehr inzwischen wieder eingestellt worden. Auch der Eisenbahnverkehr von **Gleiwitz** nach **Kattowitz** und nach **Rybnik** sowie von Ratibor nach Rybnik ist wieder unterbunden. Trotzdem wird der Versuch gemacht, wo es irgend geht, den Eisenbahnverkehr aufrecht zu erhalten. Der Zugverkehr von **Oppeln** bis **Beuthen** ist wiederum aufgenommen worden, ebenso der Telephonverkehr bis Gleiwitz.

Ratibor, 7. Juli. Gestern wurden aus der Stadt Rybnik drei deutschgesinnte Leute an die polnische Grenze verschleppt. Die Insurgenten sind aus Rybnik abgezogen. Den Wachtdienst übt die polnische Apo aus. In Michowitz sind neuerdings noch Gestellungsbefehle erlassen worden. Heute melden Flüchtlinge, daß gestern Italiener in Rydultau von den Insurgenten entwaffnet worden sind. Nachdem die Italiener aus Ratibor-Kammer abgezogen sind, sind die Insurgenten wieder obenauf; insbesondere suchen sie durch das Werfen von Handgranaten Furcht und Schrecken zu verbreiten.

Gleiwitz, 7. Juli. In einigen Dörfern der Umgegend haben die Insurgenten erneut Plünderungen vorgenommen. Die interalliierte Kommission in Oppeln wurde von diesem Vorfall benachrichtigt

Berichtigung.

In dem Bericht über den Amnestieerlaß der interalliierten Kommission in Oberschlesien in der Mittwochnummer ist dem Übersetzer ein großer Fehler unterlaufen. Es muß dort heißen: „Die interalliierte Kommission beschloß einen Amnestieerlaß für alle Vergehen, mit **Ausnahme folgender:** 1. Ausbeutung u. s. f.“

Der griechisch-türkische Krieg.

Beschießung der Hafenplätze östlich von Konstantinopel durch die Kemalisten.

Paris, 7. Juli. Der „Matin“ meldet aus **Konstantinopel:** Das Oberkommando hat Konstantinopel in Verteidigungszustand gesetzt. Eine Flotte von russischen und kemalistischen Schiffen beschießt die Hafenplätze östlich von Stambul. Wie das „Echo de Paris“ berichtet, treffen die kemalistischen Vortruppen Anstalten, gegen Konstantinopel zu marschieren. Nach Londoner Nachrichten sind von Malta aus am Freitag 4 Torpedobootszerstörer in aller Eile nach Konstantinopel ausgelaufen, nachdem am Donnerstag bereits 2 Schlachtschiffe nach Kleinasien in See gegangen waren.

Die griechischen Munitions- und Benzinlager bei **Smyrna** sind in die Luft geflogen. Viele Gebäude in Smyrna und Umgebung wurden zerstört bzw. schwer beschädigt.

Zürich, 6. Juli. „Secolo“ meldet aus **Konstantinopel:** Die türkische Regierung hat sich unter den Schutz der Ententemächte gestellt. Im Hafen von Konstantinopel sind weitere 11 Kriegsschiffe der Gibraltarflotte eingetroffen.

Konstantinopel, 6. Juli. Die Pforte hat von den Interalliierten eine Intervention verlangt, um eine formelle Kriegserklärung zwischen Griechenland und der Türkei zu vermeiden.

London, 6. Juli. Die „Morningpost“ meldet aus Reval vom 30. Juni: Die Sowjetregierung habe die Verhaftung aller griechischen und japanischen Untertanen in Sowjetrußland angeordnet, mit Ausnahme der Mitglieder der kommunistischen Parteien.

Paris, 6. Juli. (Tel.-Un.) „Journal des Debats“ ist wegen der Räumung von **Ismid** beunruhigt. Die Alliierten müßten verhindern, daß die Kemalisten, die ehemaligen Feinde der Alliierten, in Konstantinopel festen Fuß fassen würden. Darüber müßte sich die englische und französische Regierung einigen.

Munitionsexplosion in Smyrna.

Rom, 7. Juli. (Tel.-U.) Der „Tribuna“ wird aus **Smyrna** gemeldet, daß ein großes Munitionsdepot explodiert ist. Die Explosion hat zahlreiche Opfer gefordert. Es soll sich um die Munitionsreserve der griechischen Armee handeln.

Griechische Kultartaten.

Paris, 6. Juli. (PAT.) „Temps“ berichtet, daß vor der Räumung der Stadt **Ismid** die muselmanische und jüdische Bevölkerung von **griechischen** Truppen ausgeplündert wurde. Nach Informationen desselben Blattes wurden Hunderte von Häusern in Brand gesteckt. Es wurden 60 Leichen aufgefunden, deren Hände auf dem Rücken gebunden waren. Der Kommandant der französischen Truppen, **Delorai**, brachte im Gebäude der französischen Schule und bei der Kirche etwa 4000 Muselmanen unter, um sie vor Überfällen seitens der Griechen zu schützen. Die Matrosen vom französischen Torpedoboote beteiligten sich an der Löschung der Brände, die Griechen versuchten sie daran zu hindern, mußten jedoch vor den französischen Truppen weichen. Die muselmanische Bevölkerung von Ismid sprach dem französischen Gesandten für die ihr erwiesene Hilfe ihren Dank aus.

Athen, 6. Juli. (PAT.) Aus griechischen amtlichen Quellen wird berichtet, daß die Türken während der Angriffe auf Ismid große Verluste davongetragen haben.

Athen, 6. Juli. (PAT.) Das Kriegskommunikat der Kemalisten vom 2. d. Mts. berichtet, daß die Türken weiterhin vorwärts gehen. Zwei griechische Bataillone wurden bei **Gewo** umzingelt.

Bulgarien soll mitkämpfen.

London, 7. Juli. (PAT.) Die türkischen Nationalisten beabsichtigen, **Bulgarien** in den Krieg mit Griechenland hereinzuziehen. Sie wünschen, daß Bulgarien Griechenland im westlichen Thrazien angreife.

Ende der griechischen Offensive.

Berlin, 7. Juli. (PAT.) Nachrichten aus Konstantinopel zufolge ist die griechische Offensive endgültig gebrochen. Die Kemalisten richten ihre Angriffe gegen **Brussa**, das die Griechen geräumt haben.

Stand der Reparationsverhandlungen.

Der „Temps" berichtet, daß die Resultate der Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Sachverständigen als befriedigend betrachtet werden. Es wurde vereinbart, daß die Preise für die deutschen Lieferungen von einer gemischten Kommission festgesetzt werden sollen. Dieser Kommission sollen drei Mitglieder angehören, nämlich ein Deutscher, ein Franzose und ein Schiedsrichter, der eventuell von dem Wiedergutmachungsausschuß bezeichnet werden kann. Für die Bezahlung wurde eine Kombination in Aussicht genommen, die es gestattet, die Bezahlung auf eine möglichst lange Frist zu verteilen.

Guggenheimer wird nach dem „Temps" am 10. Juli wieder in Paris eintreffen. Loucheur wird die Besprechungen infolge anderweitiger Abhaltung früher nicht wieder aufnehmen können. Die Frage der Ersetzung der 26 vom Hundert vom Werte der deutschen Ausfuhr durch einen anderen Index ist noch nicht geprüft worden.

Die Abendblätter geben die in Berlin veröffentlichte Note über die Forderungen des Garantiekomitees im Wortlaut wieder. Der „Temps" bezeichnet die Veröffentlichung in der nach Paris übermittelten Form als unklar und bemerkt, es sei vereinbart gewesen, daß amtliche Mitteilungen über die Ausführungen des Zahlungsplanes gemeinsam vom Garantiekomitee und von den entsprechenden deutschen Stellen vorgenommen werden sollen. Vorstehende Mitteilungen seien aber ohne Einvernehmen mit dem Garantiekomitee veröffentlicht worden.

Paris, 6. Juli. Die Beratungen, die zwischen Staatssekretär Bergmann und Reichskommissar Guggenheimer einerseits und Loucheur und Ministerialdirektor Seydoux andererseits geführt wurden, sind einstweilig unterbrochen worden. Dr. Guggenheimer hat bereits die Fahrt nach Berlin angetreten. Es ist in Aussicht genommen, die Verhandlungen erst dann wieder aufzunehmen, nachdem die deutsche sowohl wie die französische Regierung sich über die bis jetzt erzielten Ergebnisse einig geworden sind. Gegenstand der Beratungen waren vor allem die deutschen Lieferungen für den Wiederaufbau und in Verbindung damit die Verwendung deutscher Arbeiter im zerstörten Gebiet. Ferner wurden die sehr verwickelten Fragen der Wiederherstellung gemäß Artikel 238 des Versailler Vertrages besprochen. Den weitesten Raum in den Besprechungen hat die Frage der Organisation der Zahlungsart und in Verbindung damit die Frage der Preisfestsetzung eingenommen. Was die Zahlungsart anlangt, so war dabei in Betracht zu ziehen, daß es sich um zeitlich zusammengedrängte Lieferungen handelt, und man hat hauptsächlich nach einem Kreditsystem gesucht, das aber noch der Ausarbeitung bedarf.

Neue Forderung an Deutschland.

Genf, 6. Juli. Wie „Echo de Paris" meldet, ist von den alliierten Kabinetten der neuen Forderungen an Deutschland zugestimmt auf Auslieferung der Aufmarschpläne des aufgelösten deutschen Generalstabs.

Die Rheinlandsanktionen.

Berlin, 7. Juli. Der offizielle Antrag der Reichsregierung an den am 14. Juli zusammentretenden Obersten Rat nach Aufhebung der Rheinlandsanktionen ist am Freitag von den deutschen Botschaftern in Paris, London und Rom den alliierten Kabinetten überreicht worden. Dem Antrag ist eine ausführliche Begründung beigefügt. Ebenso ist auf die Erklärung der Staatsmänner auf der Londoner Konferenz hingewiesen, die Deutschland nach Annahme des Ultimatums ein Recht auf Aufhebung der Sanktionen geben.

Mahnungen zur Verständigung.

Aus London wird gemeldet: Walter Runciman sagte in einer in Newcastle gehaltenen Rede: Wir in England können nicht reich werden dadurch, daß wir Deutschland arm bleiben lassen. Ich möchte Deutschland wieder als aktiven Kunden unserer Produzenten sehen und wünsche jede Ware von Deutschland zu kaufen. Wir wollen nicht, daß das, was wir bei ihm einkaufen, von irgend einer Regierungsstelle oder durch irgend ein Gesetz kontrolliert werde. All der Unsinn, der jetzt über Reparationen gesprochen wird, wird noch lächerlicher, wenn die Regierung jetzt durch gesetzliche Bestimmungen den Verkauf solcher Güter und Waren zu verhindern sucht, durch die Deutschland allein die Reparationen leisten kann.

Die aus Anlaß des amerikanischen Nationalfestes veröffentlichte amerikanische Sondernummer der „Times" bringt einen Beitrag des Präsidenten Harding, in dem es u. a. heißt:

Die glänzenden Erfolge der beiden englisch sprechenden Völker bei der Entwicklung der Zivilisation und der stets zunehmenden Verbreitung des Rechtsgedankens als Grundlage der Freiheit in der Vergangenheit müssen eine Ermahnung zur Fortsetzung der Bestrebungen sein. Das gemeinsame Wirken für das Gute kann nur zu voller Geltung kommen, wenn eine allgemeine Verständigung vorhanden ist.

Der Bolschewismus.

Bruch zwischen Lenin und Trotzki.

Warschau, 7. Juli. Dzierzynski legte dem Zentralvollzugsrat und dem Rat der Volkskommissare eine Meldung vor, in der er eine Reihe hervorragender Kommunistenagitatoren wegen gegenrevolutionärer Anschläge anklagt und die Verhaftung dieser Männer fordert. Unter ihnen befinden sich Krassin, dem Dzierzynski Beziehungen zu den russischen Emigranten vorwirft. In Moskau hält sich das Gerücht aufrecht, daß Dzierzynski **Trotzki** die Verhaftung **Lenins** vorschlug, da Krassin im Auftrage des letzteren handelt. Die lettische Tel.-Agentur meldet, daß die Beziehungen zwischen Lenin und Trotzki gelöst sind. In Moskau wird ernstlich damit gerechnet, daß Trotzki in kürzester Zeit aktiv gegen Lenin vorgehen wird.

Kommunisten in Konstantinopel.

Warschau, 7. Juli. In Konstantinopel wurde eine Sowjetdelegation verhaftet. Es wurden bei ihr Instruktionen aus Moskau gefunden, aus denen hervorgeht, daß die Delegation die Aufgabe hatte, kommunistische Agitationen zu betreiben. Für den 15. Juli war in Konstantinopel der Ausbruch eines Aufstandes vorgesehen. Die Bolschewisten schätzten ihre Kräfte auf 40- bis 60 000 Mann. Die englische Polizei sucht gegenwärtig Waffenlager, die sich in Konstantinopel befinden sollen. Krassin erhielt von Tschitscherin den Befehl, bei der englischen Regierung gegen die Verhaftung der bolschewistischen Handelsmission durch die englische Polizei zu protestieren.

Italien.

Blutige Kämpfe zwischen Kommunisten und Faszisten

Rom, 7. Juli. Dem „Temps" zufolge haben sich infolge des Zwischenfalls in Grosseto, wo die Kommunisten einen Faszisten aus Siena, den ehemaligen Hauptmann Arditi töteten, etwa 1000 Faszisten aus Rom, Siena und sogar aus Triest zu einer Strafexpedition nach Grosseto begeben. Trotz der auf sie abgegebenen Schüsse zerstörten die Faszisten die Arbeitskammer, die Druckerei der kommunistischen Zeitung und mehrere den Kommunisten gehörende Häuser. Die Wächter der öffentlichen Ordnung konnten die Unruhen nicht verhindern. Eine Mitteilung der Faszisten aus Siena besagt, daß bei dem Zusammenstoß 15 Kommunisten getötet und außerdem viele verwundet wurden.

Die polnischen Kommunisten.

Danzig, 7. Juli. In Petersburg fand eine Versammlung der polnischen Kommunisten unter dem Vorsitz Marchlewskis statt, der erklärte, daß die Partei zu wenig Kräfte besitze und daher Kommunisten, die in anderen Gouvernements des Staates arbeiten, zur Hilfe ziehen muß. Die Konferenz beschloß gleichfalls, die Agitation unter den polnischen Gefangenen und Geiseln als bestes Mittel zur Anfachung einer Revolution in Polen zu beginnen.

Polen und Litauen.

Warschau, 7. Juli. Die Rigaer Zeitungen bestätigen, daß in diesen Tagen wirtschaftliche Verhandlungen zwischen Polen und Lettland beginnen werden. Der lettische Ministerpräsident Meyerowicz erklärte, daß die Beteiligung Polens am baltischen Staatenbund wegen des polnisch-litauischen Konflikts nicht in Betracht kommt.

Verzicht Japans auf die Beschlagnahme deutschen Eigentums.

Berlin, 6. Juli. Die japanische Regierung hat dem Auswärtigen Amt in Berlin davon Mitteilung gemacht, daß sie auch für den Fall, daß Deutschland vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, nicht beabsichtige, auf Grund des § 18 der Anlage 2, VIII, des Versailler Friedensvertrages das Eigentum deutscher Staatsangehöriger mit Beschlag zu belegen. Dieser Verzicht bezieht sich auf alle deutschen Güter, die sich in Japan oder in den von ihm verwalteten Gebieten befinden, und schließt ausdrücklich Banknoten sowie Waren, die sich an Bord japanischer Schiffe befinden oder in Konsignation nach Japan gesandt worden sind, ein.

Briand gegen das Reichsgericht.

Paris 6. Juli. Wie Briand im Ministerrat mitteilte, wird sich die französische Regierung mit der Behandlung der französischen Prozesse vor dem Reichsgericht in Leipzig nicht zufrieden geben können. Die Auslieferungsfrage werde jetzt von den Alliierten nochmals beraten werden. Es soll ein Beschluß herbeigeführt werden, um Deutschland durch Aufbietung gewisser Garantiemittel zu einer unparteiischen Verfolgung der Kriegsbeschuldigten zu veranlassen.

Polen und Danzig.

Danzig, 6. Juli. (PAT.) Der neuernannte Generalkommissar der Republik Polen in Danzig, Leon Pluciński, hat sein Amt angetreten und davon persönlich dem Vizepräsidenten des Senats, brieflich dem Oberkommissar des Völkerbundsrates, Ferrari, Kenntnis gegeben.

Herr Pluciński schlug am 28. Mai dem Vorsitzenden der Verhandlungen danzigerseits die Beendigung dieser Verhandlungen bis zum 30. Juni d. Js. vor. Wegen der längeren Abwesenheit des Senators Jewelowski sowie der Abreise des Herrn Pluciński nach Genf zur Sitzung des Völkerbundsrates konnte dieser Termin nicht eingehalten werden. Herr Aszkenazy schlug in der Sitzung des Völkerbundsrates den 31. Juli als letzten Termin der Beendigung der polnisch-Danziger Verhandlungen vor. Dieser Termin wurde von dem Präsidenten des Danziger Senats angenommen und einstimmig durch den Völkerbundsrat bestätigt. Wenn bis zum 31. Juli die aus der Polnisch-Danziger Konvention hervorgehenden Abkommen nicht geschlossen sind, dann wird die Interpretierung und Ausführung dieser Konvention sowie des Versailler Vertrages in erster Linie dem Schiedsspruch des Oberkommissars des Völkerbundes, General Haking, und nötigenfalls dem Schiedsspruch des Völkerbundsrates in zweiter und letzter Instanz unterstellt. Es ist anzunehmen, daß die Wochen, die noch bis zum festgesetzten Termin verbleiben, genügen werden, um in den bezeichneten Punkten eine vollkommene Verständigung zu erzielen, dies um so mehr, weil während der Sitzung des Völkerbundsrates ebenso der Delegierte der polnischen Regierung wie auch der Danziger Delegierte die aufrichtige Absicht ausdrückten, die Verhandlungen zum endgültigen Abschluß zu bringen.

Staatspräsident Marschall Pilsudski.

Warschau, 6. Juli. (Tel.-Union.) Ein Student wurde in dem Augenblick verhaftet, als er versuchte in das Arbeitszimmer des Marschalls Pilsudski einzudringen. Der Student gab mehrere Revolverschüsse ab, ohne jedoch jemand zu treffen.

Bromberg, 6. Juli. Der „Dziennik Bydgoski" meldet, daß der Staatspräsident Dienstag früh 8½ Uhr in Bromberg eingetroffen ist und sich in der Umgebung der Stadt aufhalten wird. Das „Wirsitzer Kreisblatt" von gestern meldet dazu, daß der Staatschef **Dienstag nachm. 6 Uhr in Nakel** eingetroffen ist, um Kriegsspielen beizuwohnen.

Parteien im Sejm.

Warschau 7. Juli. (Tel.-Union). Wie bekannt, bemühte sich die Rechte ein Portefeuille in der reorganisierten polnischen Regierung zu erhalten. Die Parteien der Mitte und der Linken haben dies aber entschieden zurückgewiesen. Als Folge davon ging der Nationale Volksverband und einige mit ihm sympathisierende Abgeordnete der Nationalen Volksvereinigung zur Opposition über. Auf der letzten Tagung des Nationalen Volksverbandes wurde eine Resolution angenommen, worin der Regierung der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht wird. Im Allgemeinen mißbilligt die polnische Presse die Haltung des Nationalen Volksverbandes, da er keine offensichtlich oppositionelle Haltung gegenüber der Regierung eingenommen hat.

Aus den Sejmausschüssen.

Warschau, 6. Juli. (PAT.) Der Finanz- und Haushaltsausschuß beriet in Anwesenheit des Finanzministers Steczkowski und der Unterstaatssekretäre Dybarski und Weinfeld unter dem Vorsitz des Abg. Wierzbicki über den Gesetzentwurf einer weiteren Emission von Scheinen der Polnischen Landesdarlehnskasse und über den Kredit des Staates bei dieser Kasse. Nach Beendigung der Generaldiskussion fand eine Sonderaussprache statt. Dann wurden die Verhandlungen bis zur Erledigung und Lesung des Entwurfes in der Kammer vertagt. Während der Aussprache wurden von einer Seite Anträge gestellt, die den Regierungsentwurf akzeptieren, der die Gesamtschulden bei der Landesdarlehnskasse auf 150 Milliarden und die Gesamtsumme der Emissionen zusammen mit den bisherigen auf 118 Milliarden festsetzt. Andererseits wurden Anträge gestellt, die Gesamtschulden auf 135 Milliarden und die Emissionssumme auf 108 Milliarden zu beziffern. Am Mittwoch findet eine gemeinsame Sitzung des Finanz- und Haushaltsausschusses mit dem Verwaltungsausschuß statt über den Entwurf des Pensionsgesetzes für Staatsangestellte. Nach Erledigung dieses Entwurfes werden weitere Beratungen erfolgen, und dann wird der Ausschuß den Entwurf der Verordnung über die Ausführungsvorschriften zum Gesetz über die Zwangsanleihe prüfen.

Die polnische Valuta.

Krakau, 5. Juli. (Tel.-Un.) In seiner gestrigen Ausgabe bringt der „Czas" einen Leitartikel: „Der Sturz der Mark." In diesem Artikel beschäftigt sich das Blatt mit den Ursachen des katastrophalen Sturzes der polnischen Valuta. Die Gründe hierfür

Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Groner.

(28. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Das hätt'n S' gleich sag'n soll'n," ereiferte sie sich, „da hätt' ich Ihnen einen heißen Tee g'kocht. Aber den werd'n S' bald hab'n."

„Lassen Sie das", erwiderte er mürrisch. „Ich geh' ja bald, da wird es mir schon wieder warm werden."

„Nix da, einen Tee werd'n S' trinken," eiferte die brave Frau, „und er soll nix kosten. Ich merkte Ihnen ja an, daß S' kein Millionär sein."

So gutmütig scherzend, war sie schon an der Tür zur Küche, in der sie trotz seines abwehrenden Zurufes verschwand.

Tief aufatmend und wie ob eines grimmigen Schmerzes die Zähne zusammenbeißend sank der bleiche Mann wieder auf die Bank.

„Also gut," murmelte er, dann „trinken wir einen Tee. Vielleicht", er lachte höhnisch, „vielleicht macht er mich wirklich warm. Ich könnte es brauchen — nach all dem."

Und er stieß das Bier weit von sich, tat dies so heftig, daß es über den ganzen Tisch hinspritzte.

In unglaublich kurzer Zeit kam die alte Frau mit einer Schale dampfenden Tees und Zucker und Rum zurück.

Sie mochte wohl schon heißes Wasser auf dem Herd gehabt haben. Daß dieser noch in Tätigkeit war, bewies der Strom wohliger Wärme, der von der Küche her in die Gaststube drang.

„Jetzt nur gleich trinken," mahnte die Alte, und ihr Gast ließ sich das nicht zweimal sagen.

„Sind S' gewiß von weither gekommen?" plauderte die Freundliche, ihm befriedigt zuschauend. „Hab's wahrgenommen wie arg müde Sie waren."

„Vom Höllental komm ich."

„Na, ein recht schöner Marsch, gar für einen, der nicht ganz gesund ist, und vor'm Märzwind sich hüten sollt," plauschte die Frau weiter und setzte teilnehmend hinzu: „Wie sind Sie denn zu dem bleichen Gesicht und zu dem Hüsteln gekommen?"

Da lachte er auch auf.

Konnte er ihr denn sagen, daß so mancher, der in einer Strafanstalt hatte leben müssen, für immer bleiche Wangen behält und ein bißchen mehr oder weniger tuberkulös wird?

„Warum lach'n S' denn? Da gibt's doch nix zu lachen!" sagte die Alte verwundert, und er darauf seltsam ernst: „Sehr richtig, das ist nicht zum Lachen, wenn man krank oder wenigstens kränklich ist. — Und auch wegen des Märzwindes haben Sie recht. Der tut mir gar nicht gut."

„Haben Sie denn just heut' den Weg machen müssen? 's ist doch zwischen den Bergen gar so ein Zug und eine Kälte, da verschiebt man halt lieber einen Weg."

Wieder lachte er voll ihr unverständlicher Bitterkeit.

Er war mit dem Tee soeben fertig geworden, schob die Schale zurück und legte seine ganz kalte Hand auf die runzelige der alten Frau.

In seinen Augen funkelte es aber wie höllisches Feuer, als er höhnisch sagte: „Liebe Frau, das verstehen Sie nicht. Manchesmal muß man da bleiben, wo man nicht sein will, ein anderes Mal jagt es einen von einem Ort fort, wo man einzig hingehört, und wieder ein anderes Mal jagt es einen von einem Ort weg, an den man nie hätte kommen sollen. So, und jetzt möchte ich zahlen. Was kosten Bier und Tee?"

Die Alte, von seiner Art und seinen Reden verblüfft, schüttelte den Kopf.

„Ich — ich verlang' ja nix," stotterte sie und zog ihre Hand unter der seinen weg, die sie, er wußte es vielleicht gar nicht, fest umspannt hatte.

Der Frau kam das Fürchten an.

Sie atmete jetzt erleichtert auf.

Der Hund, der vor der Haustür lag, bellte und rannte jemandem entgegen.

Die zwei in der Gaststube konnten ihn sehen, als er, über die Wiese laufend, auf die Straße zu hielt.

Sie konnten noch mehr sehen.

Auf der Straße kamen sichtlich in ein ernstes Gespräch vertieft, zwei Männer und eine junge Frauensperson daher. Sie kamen von der österreichischen Seite her.

(Fortsetzung folgt.)

Deutsches Büchereiwesen in Neu-Polen.

Seit November 1919 besteht unter der Leitung von Herrn Dr. Biedermann ein Ausschuß für Büchereiwesen in Polen, um zunächst von einer Zentrale (Bromberg) aus überall in Polen, namentlich auf dem Lande, Ausgabestellen einer großen Wanderbücherei zu errichten und vorhandene Büchereien durch von Zeit zu Zeit wechselnden Zustrom von Büchern zu stärken.

Trotz aller Hemmungen, politischer, materieller und psychischer, die eine glatte Organisierung unmöglich machen, ist es dem Ausschuß gelungen, zirka 5000 Bände in Umlauf zu bringen, 52 Ausgabestellen zu schaffen, die von Bromberg aus gespeist werden, zwei Nebenzentralen mit je fünf Ausgabestellen in Betrieb zu setzen und zwei Standortsbibliotheken durch Bücher zu unterstützen bzw. durch eine bibliothekarische Kraft betriebsfähig zu machen.

Bei den Einfuhrschwierigkeiten ist der Ausschuß meist auf die Bromberger Buchhändler angewiesen, die Rabatt gewähren, auch hin und wieder ihren Kommissionär zur Verfügung stellen, so daß billige Einkäufe und Schenkungen aus Deutschland möglich sind. Man rechne sich aus, wieviel Geld nötig ist, um einigermaßen den Anforderungen des großen Lesebedürfnisses gerecht zu werden, wenn zurzeit ein Buch durchschnittlich auf 350 Mark polnischer Währung kommt und der Buchbinder für „Halbleinenband" 100 Mark verlangt, wobei man froh sein muß, daß er überhaupt noch bindet.

Mögen diese ersten Erfolge Freunde in Deutschland anregen, ihrerseits durch Sammlungen und Wohltätigkeitsveranstaltungen Mittel zu schaffen, daß die Bromberger Bestrebungen wenigstens die gröbsten materiellen Hemmungen überwinden können. Herr Dr. Biedermann (Bromberg-Bydgoszcz, Königstraße 51) bittet, gegebenenfalls sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Auch das Deutsche Ausland-Institut, das aus seiner Deutschen Dichterspende bereits Bestände für Bromberg zur Verfügung stellte, ist bereit, **Bücher- oder Geldspenden** an den Ausschuß weiterzuleiten.

sieht das Blatt in einer Reihe gesellschaftlicher und politischer Erscheinungen, die die Folge der Tätigkeit des Sejm sind, und kommt zu dem Schluß, daß die polnische Mark in Kürze ebenso viel wert sein wird wie der Sowjetrubel, „wenn die Abgeordneten im Laufe von zwei Jahren sich ein Millionenvermögen erwerben wollen". Gegen diese Beschuldigungen des „Czas" tritt die polnische Presse ungemein scharf auf und ist der Meinung, daß derartige Äußerungen einen Schatten auf das ganze polnische Parlament werfen müßten.

Lodz, 6. Juli. (PAT.) Im Zusammenhang mit dem Steigen des polnischen Markkurses sagen die hiesigen Zeitungen, daß der Preissturz für Garne 500 Mk. für das Kilo beträgt. Eine hiesige Baumwollmanufakturwaren-Fabrik ermäßigte die Preise ihrer Erzeugnisse um 33 v. H.

Ofenpest 6. Juli. (PAT.) Das hiesige Börsenkomitee beschloß mit dem heutigen Tage die amtlichen Auszahlungen Warschau zu notieren.

Republik Polen.

† Skirmunt. Im Zusammenhang mit der in den heutigen Zeitungen erschienenen Notiz über die beabsichtigte angebliche Zusammenkunft des Außenministers Skirmunt mit dem Minister Benesz in Zakopane meldet das Pressebureau des Außenministeriums, daß die heutige politische Lage und die damit verbundene Arbeit der Regierung die Anwesenheit des Ministers Skirmunt in Warschau erfordern. Skirmunt beabsichtigt nicht, Warschau in nächster Zeit zu verlassen. Bisher ist eine Zusammenkunft mit den Leitern der ausländischen Politik fremder Länder nicht vorgesehen.

† Zwangsanleihe. Der Warschauer Korrespondent der „Times" sagt bei Besprechung des polnischen Valutasturzes, daß Polen entschlossen ist, energische Mittel zur Besserung seiner Finanzen anzuwenden. Ein solches Mittel ist die Zwangsanleihe.

† Finanzgesetz für 1920. In der Sitzung vom 5. d. Mts. prüfte der Ministerrat den Entwurf eines Finanzgesetzes für das Jahr 1920 und nahm den Statutenentwurf der staatlichen landwirtschaftlichen Lehrinstitutes in Pulaw an.

† Ministerrat und Budget. Der polnische Ministerrat drängt mit einer ungewöhnlichen Energie zur endgültigen Erledigung des Budgets für das Jahr 1921. Nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Witos, der sich vor kurzem zu einem Parteitag der Vertrauensmänner der Polnischen Volkspartei nach Lemberg begeben hatte, trat sofort der Ministerrat zusammen, um weiter die Budgetsvorlage für das Jahr 1921 zu beraten.

Deutsches Reich.

** Beratungen der deutschen Finanzminister. Laut „Vossischer Ztg." sind die Finanzminister der deutschen Bundesstaaten zu einer Beratung über das neue Steuerprogramm zusammengetreten. Sie haben dem Blatte zufolge der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß es notwendig sei, die kommenden Steuergesetze durch ein Rahmengesetz zu verbinden, um die Ablehnung einzelner Steuern durch wechselnde Mehrheiten unmöglich zu machen.

** Staatssekretär Bergmann hat die Absicht, nach Erledigung der jetzt von ihm behandelten großen Aufgaben wieder aus dem Staatsdienst auszuscheiden. Für den Fall, daß dies geschehen sollte, ist seine Wahl zum Aufsichtsrat der Deutschen Bank erfolgt.

** Italienischer Botschafterwechsel in Berlin? Die Agentur Volta meldet, daß infolge der Kabinettskrise der italienische Botschafter in Berlin Frassati seine Demission einreichte. Frassati hat seinen Berliner Posten stets als ein Vertrauensamt Giolittis betrachtet.

** Die letzten deutschen Unterseeboote vernichtet. Es wurden die letzten ehemaligen deutschen Unterseeboote vernichtet, darunter auch die „Deutschland".

** Die deutschen Viehlieferungen nach Belgien werden zurzeit eingestellt wegen Seuchengefahr. Die Maul- und Klauenseuche ist in Belgien in großem Umfange aufgetreten und hat erhebliche Viehbestände vernichtet.

Zur Domänenfrage.

Das Fürstentum Krotoschin.

Die Besitzungen des Fürsten von Thurn und Taxis liegen in den Kreisgerichtsbezirken Krotoschin, Adelnau und Ostrowo.

Das Wojewodztwo Posen und die Generalprokuratur hatten im Laufe des Monats Januar d. Js. bei den Hypothekengerichten in Krotoschin und Adelnau (Ostrowo nicht) beantragt, an Stelle des bisherigen Besitzers, Fürsten von Thurn und Taxis, den polnischen Staat einzutragen und zwar auf Grund des Art. 256 des Versailler Friedensvertrages bzw. Art. 1 des Sejmgesetzes vom 11. Juli 1920. Laut Art. 256 erwirbt der polnische Staat in den ihm zugefallenen Gebietsteilen allen Besitz und alles Eigentum des Deutschen Reiches und der deutschen Bundesstaaten, das gesamte Eigentum der Krone und den Privatbesitz des früheren deutschen Kaisers und der anderen Mitglieder des königlichen Hauses (personnes royales).

Das Hypothekengericht von Krotoschin hat dem Antrag auf Überschreibung der Güter des Fürsten von Thurn und Taxis auf den polnischen Staat nicht stattgegeben. Das Hypothekengericht von Adelnau hingegen hat die Übertragung vollzogen, mit der Begründung, daß der Fürst Mitglied eines deutschen Herrscherhauses sei. Dem Hypothekengericht von Ostrowo ist ein diesbezüglicher Antrag überhaupt nicht zugegangen.

Gegen die Eintragung im Grundbuch des Kreisgerichts Adelnau hat der Fürst von Thurn und Taxis Beschwerde erheben lassen. Dieser Beschwerde wurde laut Beschluß der Zivilkammer des Bezirksgerichts Ostrowo vom 25. Juni d. Js. Folge gegeben mit der Begründung, daß der Fürst von Thurn und Taxis nicht als personne royale im Sinne des § 256 des Friedensvertrages anzusehen sei.

Das Bezirksgericht Ostrowo hat infolgedessen den Beschluß des Hypothekengerichts Adelnau aufgehoben und die Eintragung des Einspruchs wider den Vermerk im Grundbuch, wonach als Eigentümer an Stelle des Fürsten von Thurn und Taxis der polnische Staat eingetragen wurde, angeordnet.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 7. Juli.

Stadtverordnetensitzung.

Vor gutbesetztem Hause und dichtbesetzter Galerie, die sich die Verteidigung des Theaterdirektors Dołżycki auf die in der letzten Sonnabendsitzung gemachten Angriffe anzuhören gekommen war, eröffnete der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Grzegorzewicz die gestrige Stadtverordnetensitzung mit der üblichen Verspätung um 7 Uhr.

Zuerst wurden die Beförderung des Baupolizeikommissars Grzegorzewski, die Anstellung des Boten Dłużyński und die Versetzung des Feuerwehrmannes Owczarek in den Ruhestand widerspruchslos angenommen.

Es folgte die Beratung über den Voranschlag der Armenverwaltung, Berichterst. Stadtv. Sieradzki. Stadtv. Wybieralski wies auf die in Posen ständig zunehmende Bettelei hin. Es müssen doch, so sagte der Redner, Mittel gefunden werden, um dieser Plage vorzubeugen; die Polizei ist verpflichtet, der Bettelei entgegenzutreten, der Magistrat aber muß den Armenetat erhöhen.

Stadtv. Kliszczyński: Was soll denn eine arme Frau tun, die 60 oder auch 70 M. im Monat Unterstützung bekommt? Sie ist doch geradezu auf Bettelei angewiesen. Redner wünscht trotz der schon schweren Belastung des Budgets eine bedeutende Erhöhung des Etats, denn die Polizei kann doch unmöglich jeden Bettelnden ins Gefängnis schicken. Er wünscht die Erhöhung der monatlichen Unterstützung auf mindestens 1000 M. und befürwortet die Errichtung von Armenküchen.

Stadtv. Dr. Gantkowski: Ein Staat, der die öffentliche Bettelei erlaubt, ist existenzunfähig. Nicht jeder, der bettelt, hat dies wirklich nötig. Es gibt in Posen Bettler, die gleichsam nur als Gastspieler auftreten. Das Bestreben aller staatlichen Behörden ist darauf gerichtet, die Bettelei zu beseitigen. Jeder Bedürftige, der nicht arbeiten kann, muß eine ausreichende Unterstützung bekommen. Der Redner befürwortet gleichfalls die Errichtung von Armenküchen.

Stadtrat Podolka begründet als Dezernent der Armenverwaltung die wichtigsten Punkte dieses Voranschlages. Es soll ein Altersheim errichtet werden, in dem noch 40 Personen, die zu versorgen sind, Unterkunft finden sollen. Da Leute betteln, die es gar nicht nötig haben, so ist eine strenge Kontrolle der Armen, die Unterstützung beziehen, vorgesehen. Der Magistrat hat in den Zeiten der deutschen Verwaltung vier Küchen errichten lassen, die das Essen zum Selbstkostenpreis und an besonders Bedürftige unentgeltlich abgaben.

Zu diesem Voranschlag sprachen noch die Stadtvv. Dr. Stark, Dr. Gantkowski und Sieradzki. Darauf wurde der Voranschlag angenommen.

Stellvertretender Vorsteher Grzegorzewicz: Der Theaterdirektor Dołżycki möchte die gegen ihn gerichteten Angriffe aufklären, und ich bitte, ihm das Wort zu erteilen.

Stadtv. Wybieralski ist dagegen, daß Herr Dołżycki spricht. Wenn wir einen Ausnahmefall für Herrn D. schaffen, so kann nachher schließlich jeder Arbeiter oder Handwerker, den wir hier angreifen, dasselbe Verteidigungsrecht beanspruchen. Er ersucht um Ausschließung der Öffentlichkeit für die Fortsetzung der Sitzung.

Stadtpräsident von Drwęski: Am Ende hat doch die Versammlung darüber zu entscheiden, wen wir hier anhören wollen; ich bitte daher, über diesen Fall hier abstimmen zu lassen.

Stadtv. Dr. Stark befürwortet gleichfalls die Aussprache des Herrn D., da doch keiner solche Kenntnis von den Verhältnissen des Theaters hat, wie gerade er.

Stadtv. Wybieralski stellt den Antrag, eine geheime Zettelabstimmung über den Antrag vorzunehmen.

Stadtv. Dr. Stark: Eine geheime Abstimmung kann nur erfolgen, wenn sich 15 Mitglieder des Hauses dafür aussprechen.

Darauf wird eine geheime Zettelabstimmung vollzogen.

In der Zwischenzeit bittet der stellvertretende Vorsitzende Grzegorzewicz, den Punkt 2 zu erledigen. Er behandelt die Bewilligung einer Witwenrente für die Witwe des Boten Behrens. Der Antrag wurde ohne Widerspruch angenommen.

Der erste Punkt der Tagesordnung, der die Anstellung des Ingenieurs Kożniewski als Direktor der städtischen Elektrizitätswerke betrifft, wurde dem Finanzausschuß überwiesen.

Die Abstimmung über Herrn Dołżycki ergab, daß 14 Stimmen gegen eine Aussprache des Herrn D. waren und 12 Stimmen sich für ihn erklärten; außerdem wurden zwei unbeschriebene Stimmzettel abgegeben.

Stadtpräsident von Drwęski: Da Herr D. nicht sprechen darf, so spreche ich in seinem Namen. Dołżycki wird die Verteidigung auf die hier gegen ihn gerichteten Angriffe im Finanzausschuß vorbringen.

Der nächste Punkt brachte noch einmal die Angelegenheit über den Bau der Technischen Hochschule (Polytechnikum).

Es entspann sich eine Aussprache zwischen den Stadtvv. Cibichowski, Ballenstedt und Budzyński.

Im allgemeinen handelt es sich um die unentgeltliche Hergabe des Baugeländes durch die Stadt.

Stadtv. Budzyński ist für eine nochmalige Überweisung der Vorlage an den Finanz-Bauausschuß, da man eine solche Sache nicht übers Knie brechen darf.

Angenommen wurde der Antrag des Finanzausschusses, nachdem geeignetes städtisches Gelände, das für die Hochschule in Betracht kommt (welches, steht noch nicht fest), von der Stadt gegen anderes Gelände ausgetauscht wird.

Hierauf berichtete Stadtv. Gaertig über den Voranschlag des Grunderwerbsstocks. Da den Pächtern am 1. Oktober gekündigt wird, so müssen dann neue Pachtverträge geschlossen werden.

Auch dieser Voranschlag wurde ohne Einspruch der Versammlung angenommen.

Es folgte die Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten des Stadtkrankenhauses. Referent war Stadtv. Dr. Stark.

Dieser Punkt wie auch Punkt 8, der Voranschlag der Badeanstaltsverwaltung, wurden ohne Widerspruch der Versammlung angenommen.

Schluß der Sitzung ¾9 Uhr. Δ

*

Im Anschluß an unseren Sitzungsbericht über die Stadtverordnetensitzung am vorigen Sonnabend bittet uns der Opernsouffleur des Teatr Wielki, um Irrtümern vorzubeugen, mitzuteilen, daß nicht er — was in dem Bericht allerdings auch nicht behauptet wurde — eine Monatsgage von 37 000 M. erhält.

Die Preissteigerungen.

Die Folgen der hohen Schweinepreise machten sich heute, wie wir voraussagten, in den Fleischerläden in höchst unangenehmer Weise fühlbar. Das Pfund Speck und das Pfund gewöhnliches Schweinefleisch mußte heute mit 120 Mk. bezahlt werden. Die Wurst ist natürlich ebenfalls entsprechend teurer geworden. Bei der Gelegenheit sei übrigens wieder darauf aufmerksam gemacht, daß nach polizeilicher Vorschrift sämtliche in den Schaufenstern ausgestellte Lebensmittel die Preisbezeichnung tragen müssen. Diese Bestimmung scheint in vielen Fleischerläden inzwischen einmal wieder vergessen zu sein, denn es fehlt an den in den Schaufenstern ausliegenden Fleischstücken und Würsten jede Preisbezeichnung. Wie wichtig das aber für das kaufende Publikum ist, geht aus dem Umstande hervor, daß das Delikateßwarengeschäft von Glowinski in der ul. Gwarna (früher Viktoriastr.) sich das Pfund Rohkaffee mit 290 Mk. bezahlen läßt, während der gleiche Kaffee in einer Handlung der ul. Franciszka Ratajczaka (früher Ritterstr.) das Pfund 300 Mk. kostet.

Auf zum Kampfe gegen die Blutlaus!

Im heutigen Anzeigenteile befindet sich eine Polizeiverordnung, die für den Umfang der Posener Wojewodschaft zur Ausrottung der Blutlaus aus den Obstkulturen auffordert. Der Instruktion vom 5. November v. Js. zur Ausführung der Polizeiverordnung über die Untersuchung der Obstbäume sei folgendes entnommen:

1. Die Blutlaus hält sich vorwiegend auf einjährigen Zweigen, Wunden, Rindenritzen und in Wurzeln der Bäume auf, jedoch am meisten auf Apfelbäumen und seltener auf Birnbäumen und Schlehensträuchern. Größere Läuseherde erscheinen wie kleine Wattebäuschchen, die beim Zerdrücken eine rötliche Masse bilden. Auf einjährigen Ästen befinden sich Anschwellungen in der Größe einer Bohne oder Erbse, wonach man das Erscheinen der Blutlaus feststellen kann.

2. Die kranken Stellen muß man vermittelst eines steifen Pinsels mit einer zweiprozentigen Lysollösung, zu der man ein wenig Schmierseife zufügt, einschmieren. Ist jedoch Lysol nicht zu bekommen, so muß man den Ansteckungsherd mit Arbesalom oder mit Karbolineum (mit Wasser verdünnt, auf 1 Litr. Wasser 50 bis 200 Gramm) mehrere Male bis zum Absterben der Blutlaus einschmieren.

3. Obstbäume, die mit der Blutlaus behaftet sind, muß man sorgfältig mit Baumwachs, Teer oder Karbolineum einschmieren. Jegliche Wurzelauswüchse an kranken Bäumen müssen abgeschnitten und verbrannt werden. Befindet sich auf der Wurzel die Blutlaus, so muß man die über der Wurzel befindliche Erde mit einer dicken Schicht (2—3 Zentimeter) von Tabakpulver bestreuen und umgraben.

4. Diese Instruktion tritt zugleich mit der polizeilichen Verordnung in Kraft.

\# Zur Frage der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften haben im Mai d. Js. Konferenzen mit den Vertretern der polnischen Regierung und den polnischen Lebensversicherungsgesellschaften und den Vorständen der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften in Berlin stattgefunden. Die Entscheidung in dieser Frage wurde auf einen späteren Zeitpunkt vertagt, da die Vertreter der deutschen Versicherungsgesellschaften erst die Zustimmung ihrer Verbände einholen werden. Den in deutschen Gesellschaften versicherten Interessenten erteilt das Finanzdepartement im Ministerium des früheren preuß. Teilgebiets Auskunft.

X Sic transit gloria mundi. Gegen Weihnachten 1920 verkaufte der Kaufmann Hermann Matthes seine Wild-, Geflügel-, Fisch- und Obsthandlung in der ul. Głogowska 107 (früher Glogauer Straße) an einen gewissen Jachowski, der das ausgezeichnet blühende Geschäft im Sinne des Vorbesitzers weiterzuführen gedachte und bisher auch führte. Seit gestern ist dieses Geschäft geschlossen, im Laden befindet sich jetzt eine Möbel-Althandlung. Das Eingehen des Geschäfts, das gegenüber den oft unerhörten Preisforderungen anderer Geschäfte preisregulierend wirkte, wird von weiten Kreisen lebhaft bedauert. Hermann Matthes soll übrigens zuverlässigen Nachrichten zufolge vor etlichen Wochen in Berlin gestorben sein.

\+ Grundstücksverkauf. Das Grundstück ul. Strzałowa 2 (früher Schießstraße) hat die Besitzerin Wwe. Gładysz an Polein und Tabat verkauft.

\# Der Wochen-Spielplan des Operettentheaters Powszechny in der ulica Piekary (früher Bäckerstraße) 17 ist im heutigen Anzeigenteile abgedruckt.

X Diebstahl. Aus einer Garage in Grochowe Łąki 3 (früher Südstraße) sind in der Zeit von Montag bis Mittwoch zwei Kraftwagengummimäntel mit der Fa. Harburg-Wien, 990/120 mm und den Nummern 223 506 und 223 709 im Gesamtwerte von 100 000 M. gestohlen worden.

X Ermittelte Einbrecher. Vor einigen Tagen war in der Hoffmannschen Gastwirtschaft Stary Rynek 8 (früher Alter Markt) ein Einbruch verübt worden. Gestohlen wurden Zigarren und Zigaretten. Als Einbrecher sind jetzt die „Arbeiter" Stanisław Kaźmierczak und Maryan Żakowski ermittelt und festgenommen worden.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	7. Juli	5. Juli
4% Posener Pfandbriefe (alte) .	—,—	—,—
3% " " Buchst. A u. B	—,—	—,—
3½% " " ohne Buchst.	250 + N	250 + N
3½% " " Buchst. C .	250 + N	250 + N
4% " " Buchst. D u. E	—,—	290 + N
4% " " (neue) . .	—,—	290 + N
4% " (neue) mit poln. Stempel	150 + A	—,—
4% Pos. Pfandbriefe	—,—	—,—
4% Pos. Provinzialobligationen	—,—	—,—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—,—	—,—
5½% Obl. Cegielski	—,—	—,—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hipot. Warszawsk.	—,—	—,—
Bank Związku I—VII em. (ungest.)	—,—	—,—
Bank Związku VIII em. (ungest.)	—,—	—,—
Bank Związku IX em. (ungest.)	—,—	—,—
Bank Handlowy, Poznań I—VII .	335 + N	335 + N
" " " VIII . .	335 + N	335 + N
Bank Handlowy, Warszawa . .	—,—	—,—
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—,—	320 +
Kwilecki, Potocki i Ska.	485 + N	—,—
Bank Ziemian	602 + N	650 +
Bank Ziemski	—,—	—,—
R. Barcikowski I—IV em. . . .	—,—	225 + N
R. Barcikowski V em.	190 +	190 +
Centrala Skór	650 +	650 +
Luban	520 + N	—,—
Dr. Roman May	585 + N	580 + N
Patria	395 +	380 +
Pozn. Spółka Drzewna	1510 + N	—,—
C. Hartwig I—III em.	—,—	—,—
C. Hartwig IV em. (ohne Kupon)	—,—	—,—
Cegielski I—VI em.	260 +	280 +
Cegielski VII em.	260 +	280 +
Hurtownia Związkowa	—,—	—,—
Włókno	—,—	—,—
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe	—,—	—,—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—,—	—,—
Bank Centralny I—III	—,—	—,—
Bank Poznański I. Em.	—,—	—,—
Bank Przemysłowców	285—290 + A	290—285 + N
Pozn. Bank Ziemian (exkl. Kupon)	—,—	—,—
Polski Bank Komisowy II. Em. .	—,—	—,—
Bank Zjednoczenia	—,—	—,—
Hurtownia Drogeryjna (o. Bezugsr)	210 + N	—,—
Centr. Brln.	—,—	—,—
Wytwornia Chemiczna	265—260 + A	260 + N
Iri	185 + N	170 +
Drzewo Wronki	—,—	235 + N
Wisła	—,—	—,—
Arcona	—,—	—,—
Brzeski Auto (exkl. Kupon) . .	—,—	—,—
Wagon Ostrowo	160 +	160 + A
Wytwornia Maszyn Młyńskich .	—,—	500 + N
Herzfeld Viktorius	360—365 + A	365 +
Bentzki	395—400 + N	395 + A
Orient	200 + A	195—200 +
Sarmatia	430 + N	425—430 +
Bławat	—,—	290 + A
Dom Konfekcyjny	—,—	—,—
Tkanina	342 +	—,—
Centrala Rolników	—,—	—,—
Papiernia, Bydgoszcz	245—240 + N	240—245 + A
Trie	—,—	200 + N
Hurtownia Skór	—,—	360 +
Sierakowskie Kopalnie Węgla .	—,—	—,—
Kabel	170 + A	180 + A
Lloyd Wielkopolski	—,—	—,—
Zjacz. Cegieln. Aug. Grad. . . .	—,—	—,—
Pneumatik	160—175 + N	160—170 + N

Berliner Börsenbericht

vom 6. Juli.

Diskonto-Komm.-Anteile .	280.—	3½ % Pos. Pfandbriefe .	14.50
Orenstein u. Koppel . . .	571.—	Auszahlung Warschau . .	—
Hartmann Maschinen . .	550.—	Polnische Noten	$4^{125}/4^{375}$
Phönix	787.—	Kriesnoten	—
Caro	286.—	Dollar	75^{125}
Otavi	475.—	Englische Pfund	279.75
Scheidemandel	650.—	Gulden	2470.—
3½% Poln. Pfandbriefe .	14.50	Schweizer Franken	1268.50
4% Pos. Pfandbriefe . .	15.—		

— Danziger Börsenbericht vom 6. Juli. Polnische Mark 4.20 bis 4.30, Auszahlung Warschau 4.10—4.20, Dollar 73½, englische Pfund 276—277.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 7. Juli.

Das war vorauszusehen!

Man hat sich eigentlich noch nicht recht an den ungewöhnlich hohen Gaspreis von 13 Mk. für das Kubikmeter gewöhnt, und schon veröffentlicht, wie wir bereits vor einigen Tagen als selbstverständlich in Aussicht stellten, der Magistrat mit Rücksicht auf die Kohlenpreissteigerung eine abermalige Erhöhung des Gaspreises, und zwar auf 17 Mk. mit Gültigkeit vom 1. d. Mts. ab. Es bedeutet das innerhalb vier Wochen eine Heraufsetzung des Gaspreises von 9 auf 17 M., d. h. nahezu eine Verdoppelung. Selbstredend sind auch die Nebenprodukte „entsprechend" im Preise erhöht worden, und zwar Grobkoks auf 400 Mk., Perlkoks auf 280 M., Teer für Einwohner Posens auf 1250 M. und für Auswärtige auf 1500 Mk. der Zentner! Höher gehts nun schon bald nimmer.

Offene deutsche Lehrerstellen im Netzegau. Die Zahl der unbesetzten deutschen Lehrerstellen ist noch erschreckend groß. Die Kinder mancher deutschen Gemeinden sind schon mehrere Jahre ohne Beschulung. Manche deutsche Lehrerstellen sind schon seit dem Kriege her unbesetzt. So sind zum Beispiel in der Umgegend von Samotschin folgende deutsche (evangelische) Schulen ohne Unterrichtsbetrieb: Strelitzhauland, Post Zachasberg, Kreis Kolmar, seit Oktober 1920 geschlossen; Antoniny (Antonenhof), Post Samotschin, erhält nur wöchentlich einige Stunden Unterricht durch den Lehrer aus Jozefowiec (Josefsbruch); Atanacyn (Athanasienhof), Post Samotschin, seit November 1920 geschlossen; Margoninsdorf, Post Margonin, seit längerer Zeit geschlossen; Seefeld (Laskowo), Post Samotschin, fehlt evangelische Lehrkraft für etwa 70 Kinder. Im Kreise Czarnikau ist in Holländerdorf seit Sommer 1920 keine Schule. Alle Bemühungen, für die Schule von den Amtsstellen eine Lehrkraft zugewiesen zu bekommen, waren vergeblich. In dem Kirchspiel Altforge sind folgende Schulstellen unbesetzt: Die evangelische Schulstelle in Eichberg ist seit fünf Jahren, die evangelischen Schulstellen Neuforge, Branitz und Kobusch-Theerofen sind seit zwei Jahren, die evangelischen Schulstellen in Altforge, Neuteich, Grüntal und Schneidemühlchen sind seit einem Jahre frei. Für irgend welche Vertretung ist nicht gesorgt. Die Jugend ist bis auf weiteres ganz ohne Schulunterricht. In der Exiner Gegend fehlen an der Volksschule Exin zwei Lehrkräfte, an den Volksschulen Malitz, Lankowitz, Jwno, Karolinowo und Rostrzembowo je eine Lehrkraft ab 1. Oktober, das heißt für diese 2500 bis 3000 evangelische Seelen zählenden Gemeinden ist zurzeit nicht ein einziger deutscher Lehrer vorhanden. Der letzte geht am 1. Oktober ab nach Deutschland. Im Kreise Schubin ist u. a. in Wittendorf und in Elsenthal keine deutsche Lehrkraft. In den anderen Kreisen des Netzegaues sieht es ähnlich aus. In Pommerellen und Posen ist es nicht anders. Es ist dringend zu wünschen, daß diese Stellen jetzt, wo in Bromberg ein Kursus für Lehrerinnen beendet ist, besetzt werden. Die jungen Lehrerinnen müssen sich insbesondere um die Stellen bewerben, die schon sehr lange unbesetzt sind.

* Bromberg, 6. Juli. Ein frecher Überfall wurde am Montag, dem 20. v. Mts., abends, während der Bromberger Unruhen bei dem Pfarrer Lassahn in Schwedenhöhe verübt. Gegen ½11 Uhr wurde an der Flurtür stark geläutet und von drei Männern Einlaß begehrt, bis Pfarrer Lassahn nach einigem Widerstreben öffnete. Der Anführer der Horde war ein großer Mann mit bräunlicher Gesichtsfarbe und Schaftstiefeln. Er ließ an der Flurtür einen von den beiden anderen, den er mit Namen „Hermann" anrief, als Wache zurück. Die beiden anderen führten dann wilde Redensarten und versuchten Geld zu erpressen. So meinte der Anführer der Horde u. a. zu dem Pfarrer, daß auf dem Friedrichsplatz jetzt den Juden und Deutschen die Scheiben eingehauen werden; er könne sich nur dadurch retten, wenn er sofort 300 000 Mark hergebe. Als Pfarrer Lassahn darauf erwiderte, daß er nicht so viel hätte, begannen die Banditen alles zu durchsuchen. Es fielen ihnen 3000 M. polnisch und 200 M. deutsch in die Hände. Ferner wurden Uhren, zwei Paar schwarze und ein Paar graue Hosen, zwei Damenhemden, eine Plüschdecke, eine schwarze Damensommerjacke und ein Überzieher geraubt. Der Anführer versuchte auch noch die Tochter des Pfarrers in ein Nebenzimmer hineinzuzerren, was ihm jedoch nicht gelang. Die Räuber bedrohten Pfarrer Lassahn mit dem Tode, wenn irgend etwas von dem Vorfalle am nächsten Tage bekannt würde. Bedauerlicherweise hat der Betroffene tatsächlich auch bis jetzt eine Anzeige unterlassen. Nunmehr ist der Fall der Kriminalpolizei übergeben. Er zeigt, wie der allgemeine Wirrwarr bei Revolten von dunklen Elementen benutzt wird, um Verbrechen zu verüben.

Neues vom Tage.

§ **Deutscher Studententag in Erlangen.** In diesen Tagen findet ein deutscher Studententag in Erlangen statt, der in zahlreichen Sitzungen sich mit der Notlage der Studentenschaft beschäftigt.

§ **Feuersbrunst bei Paris.** Aus Paris wird berichtet, daß die große Motorfabrik Gnomed bei Paris von einer Feuersbrunst vollkommen vernichtet wurde.

§ **In Rußland herrscht die Pest.** In den russischen Gouvernements Ufa und Samara wütet die Pest. Die Einwohner fliehen panikartig aus den Städten auf das Land.

§ **Ein schwerer Orkan in Australien.** Die Stadt Sydney wurde am Sonnabend von einem furchtbaren Orkan heimgesucht, der große Schäden verursachte.

§ **Gute Ernteaussichten in Canada.** Aus Westcanada kommt die Nachricht von günstigen Ernteaussichten infolge der zahlreichen Regenfälle in Südamerika.

Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: i. V. Dr. Franz Buchta; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Durch das am 4. d. M. erfolgte Ableben des Herrn

Gustav Goldschmidt

hat unsere Gesellschaft einen schweren Verlust erlitten. Der Verblichene gehörte über 50 Jahre als tätiges Mitglied und mehr als 30 Jahre dem Vorstande unserer Gesellschaft an, der er durch seine treue Pflichterfüllung, seine reiche Erfahrung und unermüdliche Arbeit große Dienste erwiesen hat.

Wir werden dem Verblichenen ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren.

Poznań, d. 6.7.1921.

Der Vorstand der Isr. Krankenverpflegungs- u. Beerdigungs-Gesellschaft Chewra-Kadischa.

Bekanntmachung.

Infolge einer weiteren Preissteigerung für Kohle vom 1. Juli d. Js. ab werden von diesem Tage ab die Preise erhöht:

Für 1 cbm Gas	auf	17,— Mk.
„ 1 Ztr. = 50 kg Grobkoks	„	400,— „
„ 1 „ = 50 kg Perlkoks	„	280,— „
„ 1 „ = 50 kg Teer für die Einwohner Poznańs	„	1250,— „
„ 1 „ = 50 kg Teer nach außerhalb der Stadt Poznań	„	1500,— „

Magistrat VII G.

Ostbank für Handel und Gewerbe,
Königsberg i. Pr.

Zu der **am 23. Juli 1921, vormittags 11 Uhr,** im Sitzungssaal unserer Bank in Königsberg i. Pr., Kneiph. Langgasse 11/12, stattfindenden

ordentl. Generalversammlung

laden wir hiermit die Herren Aktionäre ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrats über das Geschäftsjahr 1920. Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung. Beschlußfassung über die Gewinnverteilung.
2. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
3. Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats.
4. Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals um 15 Millionen Mark durch Ausgabe von 15 000 auf den Inhaber lautende Aktien zu je M. 1000. Ausschluß des Bezugsrechtes der Aktionäre, Festsetzung der Einzelheiten der Aktienausgabe.
5. Beschlußfassung über Aenderungen der Satzungen in folgenden Punkten:
   a) Bekanntmachungen der Gesellschaft,
   b) Erhöhung des Grundkapitals,
   c) Genehmigung des Aufsichtsrats zur Anstellung von Beamten,
   d) Vergütung des Aufsichtsrats.
6. Ermächtigung des Aufsichtsrats zur Vornahme von Aenderungen, welche nur die Fassung betreffen.

Diejenigen Aktionäre, welche in der Generalversammlung ihr Stimmrecht auszuüben beabsichtigen, haben gemäß § 27 unserer Satzungen bei **unserer Kasse in Königsberg i. Pr.** oder

1. bei **unseren Niederlassungen in Allenstein, Danzig, Elbing, Insterburg, Landsberg a. W., Stolp, Tilsit** oder
2. in **Berlin** bei der **Preußischen Staatsbank (Seehandlung), der Bank für Handel und Industrie, der Berliner Handelsgesellschaft,** oder
3. in **Breslau** bei der **Bank für Handel und Industrie, Filiale Breslau, vorm. Breslauer Disconto-Bank,** oder
4. in **Memel** bei der **Memeler Bank für Handel und Gewerbe,** oder
5. in **Poznań** bei der **Bank für Handel und Gewerbe, Tow. Akc.,**
   a) ein doppelt anzufertigendes arithmetisch geordnetes Nummernverzeichnis der zur Teilnahme bestimmten Aktien einzureichen und
   b) ihre Aktien über die darüber lautenden Hinterlegungsscheine der Reichsbank oder Preußischen Staatsbank zu hinterlegen.

Dem Erfordernis unter b) kann auch durch Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder einer sonstigen, dem Aufsichtsrat genügenden Stelle entsprochen werden. Die Hinterlegung hat spätestens am 5. Tage vor der Generalversammlung, den Tag der Hinterlegung und der Generalversammlung nicht mitgerechnet, zu erfolgen. [1905

Ostbank für Handel und Gewerbe.
Der Vorstand.
Michalowsky. Kauffmann. Dr. Licht.